Gewerkschaftliche Perspektiven

Regina Görner:
Ein „Dritter Weg“, der seinen Namen nicht verdient

Dr. Regina Görner, geb. 1950 in Trier, Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften in Bochum, war von 1985 bis 1989 persönliche Referentin der Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit bzw. Bundestagspräsidentin Süssmuth, danach Bezirkssekretärin bei der ÖTV Hessen und ist seit Mai 1990 Mitglied des Geschäftsführenden DGB-Bundesvorstandes.

Neu ist sie ja nun gerade nicht, die Idee vom „Dritten Weg“, auch wenn sie erst in diesen Wochen so richtig Konjunktur in den Medien bekommen hat. Und ob alles, was unter dieser Überschrift verkauft wird, den Namen auch tatsächlich verdient, erscheint zumindest fraglich. Das Grundsatzpapier, das Gerhard Schröder und Tony Blair jüngst veröffentlicht haben, erweckt jedenfalls nicht den Eindruck, als würden die „modernen“ Sozialdemokraten aus den Erfahrungen der Vergangenheit die richtigen Konsequenzen ziehen.

Wenn man den Text daraufhin befragt, was denn als Ursache für die neue Ausrichtung der Linken angegeben wird, findet man vor allem die Erkenntnis, dass die Menschen die Welt nicht mehr nach den Kategorien von „Rechts“ und „Links“ einteilen. Auch wenn erfreulich ist, dass die Sichtweisen der Menschen ernst genommen werden sollen, bleiben doch Zweifel: Falls „Rechts“ und „Links“ tatsächlich taugliche Kriterien zur Bewältigung der Probleme der Gegenwart wären, dürfte dies eigentlich kein hinreichender Grund sein, um Richtungsänderungen vorzunehmen. Wenn die Zweifel der Menschen an diesen Zuordnungen aber Anlass für eine Grundrevision der Politik darstellen, dann fragt man sich, warum überhaupt das simple Rechts-Links-Schema weiter aufrecht erhalten wird. Tatsächlich wird der Versuch unternommen, neu zu definieren, was „links“ - wie es heißt: ohne ideologische Einengung - bedeuten soll, als ob das für die Bürgerinnen und Bürger am Ausgang des 20. Jahrhunderts eine zentrale Frage wäre.

Grundüberzeugungen scheinen nach dem Schröder-Blair-Papier in der politischen Landschaft von heute dagegen nicht mehr allzu viel Sinn zu machen. Auch wenn betont wird, dass Werte wie soziale Gerechtigkeit, Freiheit, Chancengleichheit oder Solidarität „zeitlos“ seien und von Sozialdemokraten niemals preisgegeben würden, zeigt doch der ganze Duktus des Papiers und die Tatsache, dass auf den folgenden Seiten kaum mehr auf diese Werte Bezug genommen wird, dass es eigentlich nur noch darum geht, dem Wandel hinterherzulaufen und den Markt zu seinem Recht kommen zu lassen.

Wenn etwa für die „neu definierte Rolle“ des „aktiven Staates“ die „erste Prorität“ in der „Investition in menschliches und soziales Kapital“ liegen soll, dann wird schon an der Diktion

deutlich, wie sehr in ökonomischen Kategorien gedacht wird, auch wenn von Sozialem die Rede ist.

Man wird den Verdacht nicht los, dass Schröder und Blair es als ihre Hauptaufgabe betrachten, „Bedingungen zu schaffen, in denen bestehende Unternehmen prosperieren und sich entwickeln und neue Unternehmen entstehen und wachsen können“ - als ob das Gemeinwohl sich im Unternehmenswohl konstituiere!

Der Staat soll, so heißt es, kein „Ersatz für die Wirtschaft“ sein, dafür ist es jetzt aber seine Aufgabe, „die Wirtschaft nach Kräften zu fördern“. Als „Dritten Weg“ kann man das wohl kaum bezeichnen, allenfalls als einen gut geschminkten „Ersten Weg“. Die Gegner marktwirtschaftlicher Überlegungen auf der Linken haben mittlerweile die Segel gestrichen, jedenfalls, wenn man das Schröder-/Blair-Papier für maßgeblich halten darf. In der öffentlichen Meinung triumphiert international wie national mit dem Neoliberalismus anglo-amerikanischer Prägung ohnehin seit einiger Zeit der „Erste Weg“. Das Schröder-Blair-Papier ist ein bedrückender Beleg dafür, dass der „Erste Weg“ heute praktisch konkurrenzlos dasteht.

Wenn Sozialdemokraten sich von ideologischen Altlasten wie einer überzogenen Staatsgläubigkeit, Leistungsfeindlichkeit oder kleinkarierter Wirtschaftsferne frei machen, ist das zu begrüssen, aber noch lange kein „Dritter Weg“. Die Kritik an den Grundübeln des Kapitalismus wird nämlich nicht dadurch hinfällig, dass Grundübel des Sozialismus über Bord geworfen werden.

Die „Soziale Marktwirtschaft“

Vor mehr als einem Jahrhundert hat die Christliche Soziallehre ein Konzept entwickelt, das sich als eine wirkliche Alternative zum Kapitalismus wie zum Staatssozialismus verstand. Ihre Grundüberlegungen sind in Deutschland in die Theorie der „Sozialen Marktwirtschaft“ eingeflossen. Die „Linke“ hat sich mit diesem Konzept nie ernsthaft auseinander gesetzt: Die frühen Christlich-Sozialen wurden wegen ihrer Entscheidung für einen „Dritten Weg“ als Arbeiterverräter denunziert. Wer sich in den siebziger Jahren zur „Sozialen Marktwirtschaft“ bekannte, erntete allenfalls Hohn und Spott. Den Anhängern des „Zweiten Wegs“ galt die „Soziale Marktwirtschaft“, wenn schon nicht als Tarnkappe des Kapitalismus, so doch zumindest als hoffnungslos rückständig.

Auch wenn viele Grundeinsichten dieses Wirtschaftskonzeptes in den Gewerkschaften längst Allgemeingut geworden sind, blieb es als Ganzes doch weiter tabuisiert. Selbst im geltenden DGB-Grundsatzprogramm wurde der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ gründlich aus dem Textentwurf eliminiert. Stattdessen operiert die Gewerkschaftsbewegung seither mit Begriffen wie „sozial gestaltete“ oder „sozial kontrollierte“ Marktwirtschaft.

Dabei hat die „Soziale Marktwirtschaft“ auch im Zeitalter der Globalisierung und der elektronischen Medien nichts von ihrer Aktualität und Praktikabilität verloren; sie taugt für die Lösung der Probleme des 21. Jahrhunderts jedenfalls eher als die Spielart des Neoliberalismus, die im Schröder-Blair-Papier propagiert wird.

Der Markt ist heute schließlich auch nicht sozialer als vor einem Jahrhundert. Er kann ein sehr zweckmäßiges Instrumtent zur Verteilung von Ressourcen sein, aber gute Ergebnisse zeitigt er nur dann, wenn der Wettbewerb richtig funktioniert. Und das ist keinesfalls selbstverständlich. Mit dem staatlichen Verzicht auf Regulierung und der Förderung der Wirtschaft ist es jedenfalls nicht getan.

Die „invisible hand“ ist kein Automatismus. Sie ist an Voraussetzungen gebunden, die beachtet werden müssen, sonst werden die Ergebnisse unbefriedigend und inhuman. Eine Marktwirtschaft wird nicht dadurch sozial, dass man sie mit ein wenig sozialer Dekoration überzieht. Entscheidend ist, dass weder Markt noch Staat als Selbstzweck verstanden werden, sondern dass sie ihren Wert der Tatsache schulden, inwieweit sie dem Menschen und dem Gemeinwohl dienen.

Die „Soziale Marktwirtschaft“ beteiligt sich nicht an der Verteufelung des Marktes, aber sie spricht ihn auch nicht heilig. Sie weiß um die Leistungsfähigkeit des Marktes, aber zugleich auch um seine Grenzen.

Schon die Theoretiker des 19. Jahrhunderts wussten, dass Märkte zur Vermachtung neigen, zur Ausschaltung des Wettbewerbs. Diese Erkenntnis ist gerade heute alles andere als überholt.

Der Markt braucht Rahmenbedingungen, die seine Funktionsfähigkeit sicherstellen, die Machtzusammenballungen verhindern. Eine „Soziale Marktwirtschaft“, die ihren Namen verdient, ist undenkbar ohne eine Ordnungspolitik, die sicherstellt, dass Wettbewerb nicht behindert wird, aber ebenso sorgfältig darauf achtet, dass vom Markt nicht verlangt wird, was er nicht leisten kann. Ohne einen starken Staat, der diese Funktionen bewusst wahrnimmt, geht es nicht. Das haben die Väter der „Sozialen Marktwirtschaft“ immer wieder betont.

Dennoch ist staatliches Handeln kein Selbstzweck. „Soziale Marktwirtschaft“ schränkt die Entscheidungsmöglichkeiten ihrer Bürgerinnen und Bürger nur da ein, wo es Vermachtungen zu verhindern gilt, weil in solchen Strukturen Wettbewerb nicht funktionieren kann. Das machtverteilende Prinzip gilt im Staat wie in der Wirtschaft. Mitbestimmung hat hier ihre Begründung.

Das Subsidiaritätsprinzip, das andere Grundprinzip der Christlichen Soziallehre, sorgt zudem dafür, dass den Individuen und den kleinen Einheiten ein Maximum an Entscheidungs- und Gestaltungsfreiheit bleibt. Was die kleinen Einheiten tun können, darf der Staat ihnen nicht nehmen. Tarifautonomie ist Ausfluss dieser Grundüberzeugung.

Aber ein Nachtwächterstaat ist nicht genug: Subsidiarität bedeutet auch, dass der Staat sich aktiv dafür einsetzen muss, dass seine Bürgerinnen und Bürger handlungsfähig sind. Er muss sie unterstützen, muss dafür sorgen, dass gleiche Startchancen bestehen. Und er hat, so Alfred Müller-Armack, „die unbestrittene Aufgabe, über den Staatshaushalt und die öffentlichen Versicherungen die aus dem Marktprozess resultierenden Einkommensströme umzuleiten und soziale Leistungen, wie Kindergeld, Mietbeihilfen... zu ermöglichen.“ Schröder und Blair sprechen demgegenüber vor allem von den negativen „Wirkungen der hohen Steuerlast auf Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung oder private Ausgaben.“ Die Stärken der Märkte, so resümieren sie, seien unter-, ihre Schwächen dagegen überschätzt worden. Sie plädieren dafür, dass „die öffentlichen Aufgaben in ihrer Zusammensetzung auf diejenigen Tätigkeiten“ konzentriert werden sollten, „die dem Wachstum und der Förderung des notwendigen Strukturwandels am besten dienen“. Auch hier ist der Strukturwandel offensichtlich die alles entscheidende Größe.

Von den Schwächen der Märkte ist jedenfalls überhaupt keine Rede mehr. Dabei macht der Markt als Verteilungsinstrument auch heute und in Zukunft nur da Sinn, wo der Preismechanismus funktionieren kann. Und das ist keineswegs überall der Fall. Bei den öffentlichen Gütern, die allen Bürgerinnen und Bürgern in gleicher Weise zukommen sollen, etwa Sicherheit, Rechtswahrung oder Bildung, sind freie Märkte nicht leistungsfähig.

Auch freie Arbeitsmärkte führen zu absurden Ergebnissen: Arbeit ist keine Ware, der Arbeitslohn ist nicht einfach irgendein Preis, der sich nach Angebot und Nachfrage richten

kann. Menschen müssen vom Lohn der Arbeit ihren Lebensunterhalt und den ihrer Familie bestreiten können. Menschliche Arbeit kann man nicht „auf Halde“ legen, wenn die Preise gerade niedrig sind. Der Preismechanismus funktioniert nicht: Wenn der Preis für Arbeit sinkt, wird nicht weniger, sondern mehr Arbeit angeboten.

Die „Soziale Marktwirtschaft“ nimmt diese strukturelle Unterlegenheit des Faktors Arbeit gegenüber dem Kapital nicht einfach hin oder überdeckt sie mit sozialer Kosmetik. Sie setzt vielmehr auf Koalitionsfreiheit: Kollektives Handeln auf der Arbeitnehmerseite soll die strukturelle Unterlegenheit ausgleichen. Wo dies nicht ausreicht, ist der Staat gefordert, nicht nur mit etwas Arbeitsschutz, sondern mit dem Angebot kollektiver Sicherungssysteme und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Solche Überlegungen sucht man im Schröder-Blair-Papier vergebens.

Regulierte Arbeitsmärkte und ein aktiver Sozialstaat sind folglich keine überholten Strukturen, sondern unverzichtbare Grundelemente einer sozial akzeptablen Marktwirtschaft. Für Schröder und Blair scheint das nicht zu gelten: Sie verlangen unterschiedslos für Produkt-, Arbeits- und Kapitalmärkte maximale Flexibilität.

Ein „Dritter Weg“, der seinen Namen verdient, ist hier jedenfalls nicht konzipiert. Und die „neue Mitte“ ist offenbar nicht mehr als eine mittelmäßige Anpassung an den Zeitgeist. Man kann nur hoffen, dass die übrigen europäischen Regierungen andere Wege gehen werden. Angesichts der Herausforderungen durch die Globalisierung wäre es jedenfalls eher an der Zeit, die Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft“ auch in internationalen Zusammenhängen zum Tragen zu bringen.